

Brühler Zeitung

Brühler Volkszeitung - Brühler Volksblatt

Amtsblatt der Stadt Brühl

Verlagspreis:
Durch den Boten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark
oder durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 Mark.

Telegramm-Adresse: Brühler Zeitung Brühl-Köln
Fernruf 108 und 109.

Postfach-Konto Köln Nr. 12742

Geschäftsstelle: Schloßstraße 23

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile ober oder unter Haupt 0.50 M.
im Nebenteil 0.30 M.

Für Bekanntmachungen, notarielle, gerichtliche und
Finanzanzeigen 0.60 M.

Nr. 101

Montag, 3. Mai 1920

23. Jahrgang.

Zur Reorganisation des Reichswehrministeriums.

Vor einigen Tagen ging durch die Presse die vielversprechende Mitteilung, daß beim Reichswehrminister Dr. Gessler Beratungen über die Reorganisation seines Ministeriums stattfinden. Wir zweifeln zwar nicht an dem guten Willen und den besten Absichten Dr. Gesslers, haben jedoch bei näherer Kenntnis der Sachlage gewisse Bedenken, ob es dem Minister gelingen wird, gegenüber den in seinem Ressort noch immer vorhandenen, ja in jüngster Zeit sogar verstärkten reaktionären Tendenzen fast sämtlicher Militärs seiner Umgebung durchzudringen. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, zu betonen, daß seit den Tagen des Kapp-Putsch, in denen große Teile der Angehörigen des Reichswehrministeriums eine — gelinde ausgedrückt — sehr zweifelhafte Haltung annahmen, — noch keine wesentlichen Personal-Veränderungen stattgefunden haben. Jedenfalls wird die Öffentlichkeit allen Vorgehens in Reichswehrministerium gegenüber ein wachsam Auge behalten müssen, um die Wiederehr eines Militärs unter allen Umständen zu verhindern.

Zur Frage der Reorganisation des Reichswehrministeriums ist uns nun von durchaus sachverständiger, befreundeter Seite ein Entwurf zugegangen, der uns viel Erwünschtes zu enthalten scheint. Der Hauptgedanke des Entwurfs ist die Verkleinerung des Reichswehrministeriums und eine neue Verteilung des Aufgabenbereiches zwischen Militär und Zivil. Was zunächst letzteres angeht, so sollen die rein militärischen Aufgaben, wie politische Aufklärung des Ministers, Presse und Nachrichtenendienst, Personal- und Etatfragen, Truppenführung usw. den Zivilbeamten vorbehalten werden.

Gerade in der letzten Zeit machte sich ein deutliches Streben bemerkbar, auch die letzten noch selbständigen Zivildienststellen des Reichswehrministeriums zu militarisieren und dem Truppenamt zu unterstellen. So scheinen schon Pläne in Vorbereitung zu sein, die für die nächste Zeit den Ersatz sämtlicher Zivilbeamten durch Offiziere beabsichtigen. Was die Verkleinerung des Reichswehrministeriums angeht, so beträgt der gegenwärtige Personalbestand schätzungsweise 1200 Personen, ein Apparat, der für ein Millionenheer ausreichen würde. Hierbei ist das Personal der Abwidelungsstellen und des Reichsmarineamtes nicht mitgezählt. Unbedeutend ist es jedenfalls nicht, denn das Reichsmarineamt soll allein 350 Zimmer bewohnen. Das nach dem uns vorliegenden Plan reorganisierte Reichswehrministerium würde mit ca. 400 bis 500 Personen auskommen, das wäre etwa ein Drittel des gegenwärtigen Bestandes. Außerordentliche Ersparnisse wären auch insofern zu machen, als man auf Schreiber in Majors- und Hauptmannsrank wohl verzichten könnte.

Im Einzelnen sieht der Plan folgendes vor:

Unter dem Reichswehrminister, dem an Stelle des eine Nebenregierung repräsentierenden persönlichen Stabes ein Hauptbüro zur Seite steht, stehen vier gleichgeordnete Dienststellen: ein militärisches und ein politisches Unterstaatssekretariat, ein politisches Amt und ein Fürsorgeamt. Dem militärischen Unterstaatssekretär untersteht ein Ueberwachungs- und ein Personalamt. Unter dem Ueberwachungsamt stehen die Zivilkommissare und dadurch die Vertrauensleute der Truppen. Außerdem untersteht ihm die Rechtsabteilung, um so der bis zum 15. Juli bestehenden Militärgerichtsbarkeit einen gewissen Riegel vorzuschieben, sowie die Haushaltsabteilung, um den immerhöheren Etat unter eine gewisse Kontrolle zu bekommen. Dem Politischen Amt untersteht eine Nachrichten- und Presseabteilung, zwecks Weiterleitung von Mitteilungen an die Presse und zur Orientierung des Ministers.

Schließlich ist noch das Fürsorgeamt mit den Unterabteilungen für geistige, wirtschaftliche und körperliche Fürsorge zu erwähnen. Besonders diese Abteilung muß in durchaus sachverständige zivile Hände, um unter den geänderten Verhältnissen der zwölfjährigen Dienstzeit den Leuten einmal für den späteren Uebertritt in das Erwerbsleben die nötigen Vorkenntnisse geistiger und wirtschaftlicher Art zu vermitteln, andererseits um ihnen Erholungsmöglichkeiten für die Mußestunden zu gewähren. Wird das Reichswehrministerium nach diesen Gesichtspunkten neu aufgebaut, so würde den militärischen Stellen der Wirkungskreis zugewiesen, der ihnen zukommt, während alle anderen Aufgaben, in sachverständige Hände gelegt, unter Berücksichtigung der ganz anders gearteten Verhältnisse im zukünftigen Heere so eine bessere Lösung finden dürften. Ist erst einmal diese Erneuerung des Kopfes unserer Wehrmacht erfolgt, so besteht endlich auch die Aussicht, den Körper der Wehrmacht, die einzelnen militärischen Formationen, in streng verfassungsmäßigem Geiste zu reorganisieren und so in absehbarer Zeit ein neues zuverlässiges Heer zu bekommen.

es sich um Gebäude handelt, die vor dem ersten Juli 1918 fertiggestellt worden sind. Die Regierungsvorlage sah einen Mindestsatz von 15 Prozent des Nutzungswerts der Gebäude oder Gebäudeteile vor. Der Reichsrat hat diesen Satz seinerseits auf 10 Prozent ermäßigt. Die ursprüngliche Regierungsvorlage ist überdies vom Reichsrat gänzlich abgelehnt worden, der seinerseits einen eigenen Entwurf beschlossen hat. Diese beiden Entwürfe liegen nun der Nationalversammlung zur Begutachtung und Entscheidung vor. In diesem Fall kommt auch zum ersten Male der Artikel 69 der Weimarer Verfassung zur Anwendung, wonach bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsrat und Regierung die Entscheidung dem Parlament vorbehalten bleibt.

Die Begründung des Mietssteuer-Entwurfs ist eine recht eigenartige. Zunächst wird auf die an sich ja gewiß durch aus zutreffende Tatsache hingewiesen, daß bei der heutigen Teuerungslage ein Wohnungsbau auf rein privatrechtlicher Grundlage unmöglich geworden ist. Für den Bau neuer Wohnungen haben ja bisher schon in weitestem Umfang öffentliche Mittel in Anspruch genommen werden müssen, ohne daß jedoch nennenswerte Verbesserungen zu verzeichnen wären. Nun soll die geplante Abgabe dazu dienen, die weiter erforderlichen Mittel für Wohnungsneubauten zu schaffen. Die Mietssteuer wäre also eine reine Zwecksteuer, zur Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse würde sie nicht herangezogen. Grundsätzlich soll die Abgabe in allen Gemeinden erhoben werden, ganz unabhängig davon, ob diese Gemeinden bauen oder nicht. Die Abgaben sollen grundsätzlich auch nur den Gemeinden zustehen. Die Gemeinden sollen aber verpflichtet sein, einen bestimmten Teil an das Reich zur Bildung eines Ausgleichsfonds abzuliefern. Dieser Fond wiederum soll zur Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden, sowie zur Verzinsung und Tilgung der vom Reich für 1920 vorzuschießenden 500 Millionen Mark dienen.

Die ernstesten Bedenken sind gegen eine derartige Mietssteuer geltend zu machen. Gewiß ist es richtig, daß in einer Zeit allgemeiner Einschränkung auch an einer Einschränkung der Wohnbedürfnisse vorübergegangen werden kann, ja neue Belastungen aber wird alle bisherigen mühsam geschilderten Fürsorgemaßnahmen im Wohnungswesen hygienischer, sozialer und moralischer Art mit einem Mal wieder in Frage stellen. Der Spieß sollte vielmehr umgedreht werden: es geht nicht mehr länger an, daß die Regierung immer nur durch robuste Steuerbeschaffung aus der Klemme sich hilft, Sie muß vielmehr selber die erforderlichen Maßnahmen von sich aus in die Wege leiten. Dazu gehört besondere Förderung des Kleinfriedelungswesens und aller Erleichterungen, die dazu dienen, die Ansiedelung der Städte in den ländlichen Vororten zu begünstigen. Wenn die Not der Zeit gewiß viele harte Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte des einzelnen bedingt, in seinem Heime möge man ihn unbehelligt lassen!

Eine Mietssteuer?

Der Nationalversammlung ist unter dem sonderbaren Titel eines Gesetzes „über die Erhebung einer Abgabe zum Baukostenausgleich“ eine Vorlage zugegangen, die nichts anderes als eine Mietssteuer bedeutet. Wenn man sich dieses Gesetz des näheren ansieht, so versteht man es allerdings, daß man die Dinge nicht bei dem richtigen Namen nennen wollte. Desto notwendiger aber ist es, daß die Öffentlichkeit von vornherein klar und deutlich weiß und erkennt, um was es sich handelt.

Die als „Abgabe zum Baukostenausgleich“ gedachte Mietssteuer soll von den Gemeinden von allen Gebäuden, bezw. deren Nutzungsberechtigten erhoben werden, soweit

Die Stiftssekretärin.

Roman von S. Courths-Mahler.

14 Nachdruck verboten.

Gustis Augen flammten auf. Mit einem verächtlichen Blick sah sie auf Astrid herab und ballte die kleinen Fäuste. „D ihr — ihr — wie mögt ihr sie gequält haben!“

Damit wandte sich Gusti ab und lief hinaus.

Mit großen Schritten stürzte sie die Treppe hinauf nach Ursulas Zimmer. Die Tür war verschlossen. Gusti klopfte.

„Urselchen, mach' auf, ich bin's!“

Drinnen wurde der Riegel vorgeschoben und die Tür geöffnet.

Gusti trat ein und warf sich in Ursulas Arme.

„Mein Urselchen, mein armes Urselchen — was haben sie dir angetan!“

Ursula war sehr bleich, aber ruhig und gefaßt. Mit leise zitternder Hand strich sie über Gustis Haar und sah ihr mit ihrem liebevollen, warmen Ausdruck in die Augen.

„Du weißt schon, Gusti, daß man mich aus Felsdegg fortgewiesen hat?“

Gusti nickte.

„Astrid hat es mir eben gesagt. Was sie dir zugemutet haben, das weiß ich, und daß du nicht gegen deine Ueberzeugung handeln konntest, weiß ich auch. Aber sie verstehen dich natürlich nicht. Urselchen, was soll nun aus dir werden?“

Ursula zog Gusti neben sich auf den Diwan.

„Sorge dich nicht um mich, ich werde mir schon mein Brot verdienen. Eben war ich im Begriff, an die Fürstin Ried zu schreiben. Ich habe dir von ihr erzählt.“

„Ich will sie bitten, mir eine Stellung zu verschaffen. Vielleicht hilft sie mir. Bekomme ich keine Antwort von ihr, dann muß es auch so gehen.“

„Du tröstest Gusti auf.“

„Nein, nein, Gusti, du darfst nicht fort! Ich will zu Papa gehen und ihn bitten, daß er sein hartes Wort zurücknimmt.“

Ursula schüttelte den Kopf.

„Daß das, Gusti, das sollst du nicht tun, ich würde ja doch nicht bleiben. Denkst du, ich wäre nicht längst fortgegangen, um mich auf eigene Füße zu stellen, wenn ich mir nicht immer wieder gesagt hätte, daß man mich hier notwendig braucht, und daß es mir die Dankbarkeit gebietet, auszuhalten, solange es möglich ist? So habe ich wenigstens versucht, durch meine Arbeit mich nützlich zu machen. Ich habe heute noch zu Baron Rippach gesagt: Solange man mich nicht hier fortgeschickt, bleibe ich. Aber nun hat mir dein Vater die Tür gewiesen, und keine Macht der Welt könnte mich jetzt noch zurückhalten. Lieber allem trosten als hier um ein Almosen bitten. Nicht wahr, Gusti, das wirst du verstehen?“

Gusti schluckte trampfhaft an ihren Tränen.

„Ach, Urselchen, verstehen kann ich dich natürlich — und ich glaube — ich würde genau so handeln wie du. Aber wenn ich daran denke, wie es sein wird, wenn du fort bist, da möchte ich am liebsten gleich mit dir gehen.“

Ursula schüttelte zärtlich Gustis kleine, liebe Hand.

„Meine kleine Gusti, du mußt tapfer sein und zu sehen, daß du nun an meiner Stelle hier auf dem Posten sein kannst. Ich will dich noch, soviel ich kann, anlernen.“

„Daß du auch daran noch denken kannst! Selbst jetzt sorgst du dich noch um Felsdegg! Ach, wenn ich an den Abschied denke —“

„Ja, Gusti, der wird uns schwer werden, sogar sehr schwer, das weiß ich.“

Gusti faßte ihre Hände.

„Hättest du Baron Rippach denn wirklich nicht lieb gewonnen können, Ursula? Er ist doch ein so guter Mensch.“

„Das ist er, Gusti, niemand weiß das besser als ich. Und er verdient es, daß er eine Frau bekommt, die ihn von ganzem Herzen liebt. Aber —“

Sie brach ab, ohne den Satz zu vollenden.

Forschend blickte Gusti sie an.

„Urselchen, sag' es mir doch. — nicht wahr, du hast einen anderen lieb?“

Ursula sah vor sich hin. Und dann sagte sie leise:

„Ja — ich hab' einen anderen lieb.“

„Dann verstehst du, daß du nicht anders konntest. Aber ich möchte wohl wissen, wem du dein Herz geschenkt hast.“

Außer mit Baron Rippach verkehren wir doch nur noch mit Baron Hans. Und den — nein, Urselchen, in den wirst du dich doch um Gottes willen nicht verliebt haben?“

Ein mattes Lächeln huschte um Ursulas Mund.

„Nein, Gusti, sei unbesorgt.“

„Also ein anderer? Wer denn nur? Sag' es mir doch.“

„Quäle mich nicht, Gusti — frage nicht mehr!“

Gusti schwieg und wollte nicht weiter in Ursula dringen. Dann sagte sie plötzlich aus tiefen Gedanken heraus:

„Malte wird außer sich sein, wenn er übermorgen kommt und hört, daß Papa dir die Tür gewiesen hat.“

Da zuckte Ursula leise zusammen.

Gusti bemerkte das. Und ganz plötzlich wurde es hell und klar vor ihren Blicken.

Malte und Ursula! Ach, daß sie daran noch nicht gedacht hatte. Und plötzlich kam ihr allerley in den Sinn, was sie bisher nie beachtet hatte. Maltes Erregung, wenn Ursula lieblos behandelt wurde, sein Ausweichen, wenn die Eltern in ihn drangen, sich nach einer reichen Frau umzusehen. Das alles sah Gusti nun in einem ganz neuen Lichte. Und je mehr sie darüber nachdachte, desto gewisser wurde es ihr, daß Malte und Ursula sich liebten und ihre Liebe nur scheu verbargen. Deshalb hatte Ursula auch Baron Rippachs Werbung abgelehnt.

Aber das alles machte Gusti das Herz nur noch schwerer.

Sah sie doch ein, daß die beiden lieben Menschen immer vor einem großen Herzeleid standen. Denn das schien ihr gewiß, eine Heirat Maltes und Ursulas war ausgeschlossen.

Fortsetzung folgt.

Deutschlands Abrüstung

Berlin, 30. April. Von zuständiger Stelle wird über die Abrüstung Deutschlands gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrags folgendes mitgeteilt:

Nach dem Friedensvertrag sind uns Bestellungen nur für den Osten und Süden Deutschlands gestattet. In Königsberg befinden sich noch 578 schwere Geschütze, 538 leichte Geschütze und 18 Flaks. Die Zählung der Bestellung auf der Festung Königsberg bei Dresden beträgt im ganzen 90 Geschütze. Die westlichen Festungen müssen vollständig geschleift werden. Das ist auch bereits geschehen, vor allen Dingen in Wesel, wo nur mit Rücksicht auf die Kosten veraltete Anlagen wie die Wälle in Wesel nicht geschleift worden sind.

Wichtig ist vor allen Dingen die Ablieferung des Kriegsgutes. Am 5. Januar sind von uns der Entente zur Ablieferung angeboten worden 1200 leichte Geschütze, 2500 schwere Geschütze, 287 Flaks, 3558 Minenwerfer, 2760 Maschinengewehre, 377 000 Gewehre und etwa 15 Millionen Schuß Artilleriemunition. Ueber die Frage, ob das verbleibende Material nur zerstört und als altes Eisen und Kupfer usw. verwertet wird oder unbrauchbar gemachtes Material abgeliefert werden muß, wird noch verhandelt. Am 7. März waren noch 172 Dienst- und 300 Kesselflugzeuge vorhanden. Auch diese werden abgeliefert.

Zur Ablieferung stehen 400 Flugzeuge und 800 Flugzeugmotoren bereit. Wohin dieses Material abzuliefern ist, hat die Entente noch nicht mitgeteilt.

Das gesamte Heer betrug am 25. April 11 525 Offiziere und 220 018 Unteroffiziere und Mannschaften. Die Zahl wird am 15. Mai auf 200 000 Mann herabgesetzt sein, die wir bis zum 10. Juni behalten dürfen. Die Entente rechnet zu den 200 000 Mann alle Formationen hinzu, die tatsächlich mit der Reichswehr nichts zu tun haben und dem Reichswehrministerium nicht unterstehen, in erster Linie die Abwehrluststellen, dann die Formationen, die für die Gefangenenerziehung bestimmt sind, die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehren.

Die uns über die Reichsmarine auferlegten Bedingungen sind bereits seit dem 10. März erfüllt. Von Seiten der Entente sind keine Beanstandungen erfolgt.

Politische Rundschau

Wie Asquith über Deutschland denkt

Amsterdam, 2. Mai. Asquith sagte in seiner Rede im Unterhaus unter anderem noch, er hoffe, die Ausführungen des Premierministers über die Autorität der deutschen Regierung im eigenen Lande würden sich als zu pessimistisch erweisen. Der Widerstand gegen den Staatsstreik in Berlin habe doch gezeigt, daß die Regierung in Wirklichkeit demokratisch sei und einen größeren Teil der öffentlichen Meinung und der Volksabstimmung hinter sich habe, als viele Engländer glaubten. Er hoffe, daß die Deutschen in Spa einen durchführbaren Vorschlag machen würden, den die Verbündeten prüfen, kritisieren, abändern und schließlich annehmen könnten.

Die bedrohliche Lage im Zeitungsgewerbe.

Berlin, 3. Mai. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat infolge der wachsenden Papiernot für den 3. Mai eine Versammlung nach Dresden einberufen, um dort die Lage zu besprechen. Nach der Vossischen Zeitung sind zwei der bedeutendsten Lohndruckereien von Berlin im Begriff, ihre Betriebe zu schließen und ihr Geschäft aufzulösen.

Die neue Spende des Papstes

Das Schreiben des Staatssekretärs Sr. Heiligkeit, Kard. Gasparri an den Herrn Erzbischof von Köln, das von dem Mitgefühl und der Freigebigkeit des Heiligen Vaters für unsere armen Kinder in Deutschland einer ebenso rührenden wie denkwürdigen Beweis gibt, hat folgenden Wortlaut:

Vatikan, 21. April 1920.

Ew. Erzbischöflichen Gnaden habe ich die Ehre, ergebenst mitzuteilen, daß Se. Heiligkeit in tiefem Mitgefühl für die beweienswerte Lage, in der so viele arme deutsche Kinder sich noch immer befinden, gnädigst gerührt haben, wiederum die beträchtliche Summe von 500 000 Lire (gleich 1 246 114 M.) für diese bereit zu stellen. Nach dem Wunsche des Heiligen Vaters soll diese Spende gleich den früher an Se. Eminenz den Herrn Kardinal von Breslau und den Herrn Erzbischof von München-Freising aberwiesenen im Einvernehmen mit dem deutschen Episkopat zur Verteilung kommen und zwar in der Weise, wie es zugunsten der ärmsten unter den armen deutschen Kindern am meisten zweckmäßig und trostbringend ist. Se. Heiligkeit haben diese reiche päpstliche Spende an Ew. Erzbischöflichen Gnaden senden lassen, um Ihnen damit ein direktes Zeichen des besonderen Wohlwollens des Heiligen Vaters zu geben, der sich freut, mit besonderer Liebe Ihnen, Ihren Mitbrüdern im Episkopat und allen armen deutschen Kindern tröstend und väterlich den Apostolischen Segen zu erteilen.

Indem ich die genannte Summe von 500 000 Lire (gleich 1 246 114 M.) anlegend beifüge, habe ich die Ehre mich zu nennen

Ew. Erzbischöflichen Gnaden ergebenster
P. Kard. Gasparri, Staatssekretär Sr. Heiligkeit.

Im katholischen Deutschland wird Dankbarkeit und treueste Anhänglichkeit dem geliebten Heiligen Vater die neue Wohltat loben.

Der erste Mai

Hier Arbeitsruhe, dort emsige Arbeit.

Ob es dämmert? So fragt mit Recht die Köln. Volkszeitung und schreibt dann weiter: Es hat so den Anschein und es bereitet am 1. Mai Genugtuung zu sehen, daß es in diesem vom „Oberrheinischen“, vom „Militarismus“ und von der „Slaverie“ hinreichend befreiten Deutschland noch sehr, sehr viele Menschen gibt, welche sich diese rote Knallprophetie nicht gefallen lassen und allem Terror zum Trotz arbeiten wollen. Daß selbst überzeugte Sozialdemokraten in großer Zahl diesen Theaterlärm ablehnten und durch Arbeit bewiesen, daß eben nur die Arbeit die Rettung aus dieser Trübsal bringt, war der wirkliche Lichtpunkt dieser Maifeier.

Köln, 3. Mai. Das Straßenbild am Vormittage des 1. Mai zeigte keineswegs den Charakter der von den sozialdemokratischen Führern proklamierten Arbeitsruhe. Die von der „Größe des Maigedankens“, vom „Weltfeiertag der Arbeit“ und ähnlichen sozialistischen Phrasen umnebelten „Massen“ der Bevölkerung zeigten sich in erfreulichem Umfange einsichtsvoller und arbeitsfreudiger als ihre Führer. In den Straßen der Stadt herrschte nämlich a) vielen Stellen ein reges geschäftiges Treiben. Namentlich in den mittleren und kleinen gewerblichen und industriellen Betrieben, deren Personal nicht wie das der größeren Werke so unmittelbar der sozialdemokratischen Verhöhnung ausgesetzt ist, gingen die Arbeiter und Angestellten ruhig ihrer Berufspflicht nach. In einer Reihe von Betrieben, selbst in größeren, erschien sogar das sozialdemokratisch organisierte Personal unter Nichtbefolgung des Organisationsbeschlusses für Arbeitsruhe fast reiflos in den Betrieben, Werkstätten und Motoren zum Dienst.

Die christlichen Gewerkschaften erklärten sich in einer Verammlung gegen die Maifeier der Sozialdemokratie. Sie nahmen folgende Entschliebung an: „Die Mitglieder des christlich-sozialen deutschen Gewerkschaftsbundes erheben aus dem Mißerfolg, den die Sozialdemokratie mit ihrer Parole, den 1. Mai als Ruhetag zu feiern, daß die Mehrzahl der Kölner Bevölkerung den ersten Willen bekennt, ihre ganze Kraft zum Wiederaufbau Deutschlands einzusetzen. Die Sozialdemokratie ist nicht imstande, in dieser Beziehung vorbildliche Arbeit zu leisten.“

Keine Zwischenfälle in Berlin.

Berlin, 2. Mai. Die Maifeier verlief ohne besondere Zwischenfälle. Infolge der völligen Stilllegung des Verkehrs war das äußere Bild eher das des Karfreitags oder des Bußtages als das eines Volksfeiertags. Zu den Versammlungen in Sälen und unter freiem Himmel zogen Hunderttausende, aber hinaus in die Umgebung konnten nur diejenigen, die Plätze zu 10 Mark in wilden Fuhrwerken bezahlten. Die Mehrheitssozialisten ließen ihre Führer in großen Versammlungen reden, in denen gleichzeitige Entschliebungen angenommen wurden mit den Forderungen: Schutz der Verfassung, Schaffung eines zuverlässigen Beamtenapparats, einer republikanischen Truppe, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, Anpassung der Löhne, flammender Protest gegen Krieg und Militarismus, internationale Solidarität. Die Unabhängigen hatten mächtigen Zulauf. Im Treptower Park, im Humboldtschloß und Friedrichshain kamen je 30- bis 40 000 Menschen amarschiert mit Hunderten von roten Fahnen und vielen Musikkapellen. Den Zügen gingen meist weißgekleidete Kinderchören voraus mit roten Blumen und Abzeichen.

Die Maifeier in Brühl

Brühl, 2. Mai. Wie anderwärts so wurde auch hier in Brühl der 1. Mai von der Sozialdemokratie programmäßig gefeiert. Der Festzug am Samstag Morgen, dem eine Musikkapelle den rechten Ton angab, sollte den Nichtteilnehmern die Stärke und Macht des Sozialismus vor Augen führen. Und in der Tat eine schier unabsehbare Menge begleitete den Zug, der zwar genau besehen, sehr viel Jungvolk mit sich führte, das entweder aus Unverstand oder vielleicht aus gezwungener Neugierde den 1. Mai mitfeierte. Nach dem Festzuge wurde der Tag in Wort und Rede in der Versammlung in der Hubertusburg gefeiert. Und wie überall im Deutschen Reich, auch hier in Brühl gab es genug, die Arbeit für wichtiger und notwendiger hielten. Auch sie erkannten, daß die Arbeit das wahre wirkliche Mittel ist, um aus dem Elend in dem wir nun einmal stecken, wieder herauszukommen. Im übrigen verlief der Tag ohne jeden Zwischenfall.

Neuer Posttarif.

Ausschneiden und Aufbewahren!

Vom 6. Mai ab — nicht vom 1. Mai ab — gelten folgende Portosätze:

Briefe bis zu 20 Gramm 40 Pfennig, 20 bis 250 Gramm 60 Pfennig für Orts- und Fernverkehr.

Postkarten 30 Pfennig für Orts- und Fernverkehr.

Druckfachen bis 50 Gramm 10 Pfennig, 50 bis 100 Gramm 20 Pfennig, 100—250 Gramm 40 Pfennig, 250 bis 500 Gramm 60 Pfennig, 500 bis 1 Kilogr. 80 Pfennig.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm 40 Pfennig, 250 bis 500 Gramm 60 Pfennig, 500 Gramm bis 1 Kilo 80 Pfennig.

Warenproben bis 250 Gramm 40 Pfennig, 250 bis 500 Gramm 60 Pfennig.

1 Algr.-Päckchen 1 Mark.

5 Algr. Paket 1,25 M., Nahzone, 2 Mark, Fernzone, 5—10 Algr. 2,50 Mark bzw. 4 Mark, 10—15 Kilogr. 5 Mark bzw. 8 Mark, 15—20 Algr. 8 Mark bzw. 12 Mark.

Postanweisungen bis 50 M. 50 Pfennig, 50—250 Mark 1 Mark, 250—500 Mark 1,50 Mark, 500 bis 1000 Mark 2 Mark.

Brühl und Umgebung

Brühl, 3. Mai.

Q Stadtverordnetenversammlung vom 30. 4. 20.

1. Als erster und wichtigster Punkt stand die Festsetzung der Haushaltspläne des Schlachthofes, der Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerte und Installationsbetriebe, sowie der Elementarschulen auf der Tagesordnung. Die genannten Pläne waren in der Finanzkommission bereits Gegenstand eingehender Prüfung gewesen, deshalb schlug der Vorsitzende vor, diese mit einigen kleineren unwesentlichen Abänderungen anzunehmen. Mit Ausnahme des Etats des Schlachthofes, welcher zur nochmaligen Prüfung an die Schlachthoffkommission zurückverwiesen wurde, fanden die übrigen Pläne, die Genehmigung der Versammlung ohne besonderen Widerspruch. Der Etat des Gaswerkes schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit 788 500 Mark, des Wasserwerkes mit 624 000 Mark, des Elektrizitätswerkes mit 451 000 Mark, des Installationsbetriebes mit 60 000 Mark, der katholischen Volksschulen mit 152 750 Mark und derjenigen der evangelischen Volksschule mit 18 280 Mark. Mit der Festsetzung der Haushaltspläne war auch die abermalige Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise eine notwendige Begleiterscheinung. Die bewilligten Erhöhungen finden unsere Leser bereits in der amtlichen Bekanntmachung der Samstagsausgabe. Die Erhöhungen sind rückwirkend ab 1. April. In wohlgegründeter Weise stellte Stadtverordneter Röttgen (3) die Anfrage, ob es nicht angängig sei die Erhöhung erst ab 1. Mai in Kraft treten zu lassen, da vor allem die Geschäftsinhaber und Handwerker diese Erhöhung nicht in ihre Preisberechnungen einbezogen hätten. Der Vorsitzende gab eingehende Aufklärung und betonte, daß durch die fortwährenden Kohlenpreissteigerungen, Gehalts- und Lohnsteigerungen eine Erhöhung ab 1. April unbedingt erforderlich sei. Die Versammlung erkannte die gemachten Ausführungen des Bürgermeisters als zu Recht bestehend und im Interesse der Stadt an. Weiterhin wurde der Stadtverwaltung im Verein mit den betreffenden Kommissionen die Ermächtigung erteilt, je nach Fallen oder Steigen der Unkosten, die Preise für Gas, Wasser oder Strom von Fall zu Fall monatlich zu erhöhen oder zu erniedrigen. Beigeordneter Gruhl fragt an, wie es mit dem Einbau der Elektr. Zähler stehe. Der anwesende Direktor des Gaswerkes Schulte konnte mitteilen, daß in absehbarer Zeit keine Zähler zu erhalten sind.

Beim Schuletat entstand die Streitfrage ob die Schulerbibliotheken der kath. Straßen- und Mädchenschulen fortan zusammengelegt oder getrennt bleiben. Die Beratungen entschieden sich schließlich für eine Zusammenlegung. Für Bücher-Neuanschaffungen bewilligte die Versammlung 1000 Mark.

2. Die Zahl der Polizeiwachmeister wurde von 6 auf 10 erhöht. Da z. Zt. 2 Stellen unbesetzt sind, so sind mithin 6 zu wählen. Die eigentliche Wahl wurde in die geheime Sitzung verwiesen.

3. Aufnahme einer Anleihe für die Erweiterung des Wasserwerkes. Die Erweiterung, worüber in der vorausgegangenen Sitzung beschlossen wurde, macht eine Anleihe von weiteren 850 000 Mark erforderlich. Diese erfolgt nach erfolgter Genehmigung bei der städtischen Sparkasse zu 4 einhalb Prozent und 1 einhalb Prozent Tilgung. Stadtv. Bonnes (3) bringt eine Beschwerde von Baufirmen zur Sprache, welche bei Einholung der Angebote nicht berücksichtigt wurden. Bürgermeister Neß gibt bekannt, daß auch ihm bereits ähnliche Klagen zu Ohren gekommen seien. Sein Bestreben werde sein, bei Ausführung städtischer Arbeiten in erster Linie auch städtische Arbeiter heranzuziehen. Beigeordneter Gruhl gibt genaue Aufklärung über den fraglichen Umbau des Wasserwerkes. Diese Arbeiten könnten nur von größeren als bekannt leistungsfähigen Firmen ausgeführt werden und die Uebertragung sei ja auch an eine Brühler Firma erfolgt. Auch die Frage der Leistungsfähigkeit der Brühler Handwerker im allgemeinen fand schließlich eine gerechte Beurteilung. Zum Schluß dieses Punktes wurde der Frage des Stadtv. Waldb (5), warum man nicht gleich im vorigen Jahre eine höhere Anleihe für den Umbau bewilligt habe, durch den Beigeordneten Gruhl eine kurze aber sachgemäße Antwort zuteil.

4. Einer Erweiterung des Friedhofes an der Bornstraße, welche für ungefähr 6 Jahre als ausreichend angesehen wird, stimmt die Versammlung zu. Die Kosten belaufen sich auf 35 000 Mark. Es wird eine Anleihe bei der Stadt. Sparkasse beschlossen zu 4 1/2 % u. 3 1/2 % Tilgung. Die Erweiterung erfolgt in der Nordwestecke. Stadtv. Schmitter (3) regt an, die verfallenen Gräber jährlich bekanntzugeben. Das Bauamt wurde damit beauftragt.

5. Die Entschädigung für die Reinigung des Gymnasialgebäudes und der angrenzenden Straßen wird auf 150 Mark monatlich erhöht.

6. Niedererschlagung von Gemeindesteuern. Die Versammlung erklärt sich einverstanden. Die Höhe beträgt insgesamt 421,80 M.; jedoch soll bei zwei Posten die Eintreibung nochmals werden.

Hierauf fand die geheime Sitzung statt.

In dieser wurden von den vorliegenden Angeboten vorläufig vier Polizeiwachmeister gewählt, welche ihr Amt baldmöglichst antreten werden.

— Eine Maifeier ganz besonderer Art, die schon seit alter Zeit geübt worden ist, ist die Maiandacht der katholischen Kirche. In besonders feierlicher Weise wurde diese gestern abend in der Pfarrkirche eröffnet. Bei der Predigt mußte jedem der Zuhörer der Gedanke kommen, daß nur die Kirche das Glück und Heil bringen kann, was andere vergebens an anderer Stelle suchen. Maria, die Gottesmutter und damit auch die Mutter der Christenheit die Trösterin der Betrübten, ist diejenige Mittelperson, die uns das Glück und den Frieden geben kann.

3. Mai.
30. 4. 20.
die Fest-
der Gas-
betriebe, so-
ng. Die ge-
tion bereit-
schal schlug
in unwesent-
nahme des
Prüfung
wurde, fam-
ersammlung
Gaswerkes
500 Mark,
Elektrizitäts-
mit 152 750
tschule mit
Wasser- und
g. Die be-
eits in der
be. Die Er-
wohlgegründ-
3) die An-
ab 1. Mai
stsinhaber
Preisberech-
e eingehende
etwährenden
teigerungen
lich sei. Die
rungen des
Interesse
waltung im
e Ermächti-
er Unkosten,
on Fall zu
Beigeord-
der Elektr.
Gaswerkes
Zeit keine

die Schu-
hulen fortan
Beratungen
egung. Für
mlung 1000

urde von 6
geht sind, so
Wahl wurde

eiterung des
der voraus-
eine Anleihe
diese erfolgt
nt Tarifstei-
nt Tilgung.
e von Ban-
er Angebote
hs gibt be-
n zu Ohren
n, bei Aus-
sch städtische
gibt genaue
Bauwerkes
als bekannt
die Ueber-
erfolgt. Auch
Handwerker
Beurteilung
des Stadtv.
rigen Jahre
habe, durch
gemäße Ant-

der Bonn-
stehend ange-
Die Kosten
eine Anleihe
u. 31/2 Proz.
Nordwestde.
enen Gräber
e damit be-

des Gymna-
siums auf 150

Die Wer-
höhe beträgt
Posten die

Angeboten
elche ihr Amt

rt, die schon
landacht der
Weise wurde
net. Bei der
nke kommen,
nen kann, was
Maria, die
Christenheit
Mittelsperson,

Die angekündigte Mondfinsternis in der vergangenen Nacht war nicht zu beobachten und diejenigen, welche sich der Mühe unterzogen, das seltene Schauspiel in Augenschein zu nehmen, wurden enttäuscht. Dunkle Wolken, die schon tagsüber den Himmel bedeckten, zogen auch um diese nächtliche Zeit vor dem Monde her, ihn vollständig verbergend. Vielleicht bietet die nächste Mondfinsternis eine bessere Aussicht.

Braunkohlen- und Briktetwerk Berggeist, A.-G. in Brühl. In der am Mittwoch unter dem Vorsitz des Landesökonomierates Th. Fühling (Horbelt) abgehaltenen außerordentlichen Hauptversammlung verteilten etwa 21 Aktionäre 859 Stimmen. Die Versammlung beschloß einstimmig Kapitalerhöhung um 1 Mill. M. auf 2,5 Mill. M. Die neuen, vom 1. April 1920 ab dividendenberechtigten Aktien werden der Zuckerrübenfabrik Brühl, A.-G. in Brühl zu 108 Prozent überlassen, die sie den Aktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis 2:3 zuzüglich 5 Proc. Zinsen vom 1. April 1920 ab anbietet. Die Kosten der Ausgabe trägt die Gesellschaft. Der Vorsitzende begründete die Kapitalerhöhung mit der Notwendigkeit, neue flüssige Mittel der Gesellschaft zuzuführen, da schon erhebliche Kredite in Anspruch hätten genommen werden müssen. Generaldirektor Dr. Fiedler führte dazu weiter aus, daß die Preise für alle Bedarfsstoffe sich außerordentlich erhöht hätten. Dazu kämen die hohen Löhne; bezöge doch schon ein ungelerner Arbeiter einen Stundenlohn von mehr als 5 Mark und ein Handwerker einen solchen von 6,30 M. Ausschlaggebend sei aber, daß die Lieferanten Vorauszahlung der Waren forderten, was ohne Finanzsicherung von Krediten große flüssige Mittel erfordert. Für das abgelaufene Geschäftsjahr 1919 könne man eine Dividende von mehr als 10 Prozent in Aussicht stellen. Die Briktetfabrik Lüttrich habe man am 31. März 1920 stillgelegt, da sie keinen Gewinn mehr bringe. Die Maschinen sollen verkauft werden. Sodann beschloß die Versammlung, die Bezüge des Aufsichtsrats von bisher 600 M. auf 2000 M. für jedes Mitglied zu erhöhen und die Lantiensteuer auf die Gesellschaft zu übernehmen. An Stelle des verstorbenen Herrn W. Conhen (Köln-Nippes) wurde dessen Sohn Herr Stef. Conhen in den Aufsichtsrat gewählt.

Die Zuckerrüben sind zum großen Teile in dieser Gegend bereits gesät und die ersten Ausläufer schon aufgegangen. Der Regen ist gerade den Rübenfeldern sehr zu gute gekommen, da jetzt ein rasches Aufgehen zu erwarten ist. Der Boden war ziemlich ausgetrocknet und der Regen kam den Landeuten wie gewünscht. Er war dringend erforderlich auch für die jungen Saaten und besonders für die in der Umgegend unserer Stadt so zahlreich gesäten Strauchbohnen. Nur mühte es jetzt wärmer werden.

Schulwesen. Der Unterrichtsminister hat bestimmt, daß künftig in dringenden Fällen alleinstehende Lehrer sich auf einen Tag selbst beurlauben können und bei Schulen mit zwei Lehrkräften der Dienstälteste das Recht haben soll, in dringenden Fällen sich selbst oder die andere Lehrkraft auf einen Tag zu beurlauben. Die Beurlaubungen müssen jedoch sofort dem Kreisinspektoren angezeigt werden. Weiter ist angeordnet worden, daß die Schulaufsichtsbehörden bei Genehmigung von Nebenbeschäftigungen an die Höchstgrenze einer bestimmten Stundenzahl einer Nebenbeschäftigung nicht mehr gebunden sind. Der Lehrerschaft wird vertraut, daß sie die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit sehr wohl selbst zu beurteilen vermag, und es wird erwartet, daß der Einzelne auf Nebentätigkeit von solchem Umfange, daß das Hauptamt darunter leiden würde, schon von selbst verzichten wird. Ferner macht der Minister bekannt, daß Lehrer, die beabsichtigen, Universitätsstudien zu treiben, hierfür beurlaubt werden können, und daß Urlaubsansprüche entgegenkommend behandelt werden sollen. Die Beurlaubung wird jedoch nur im Einvernehmen mit dem Schulverbande erfolgen können, zumal, da es sich meist um mehrere Jahre handelt, und es oft ohne Unzuträglichkeiten nicht möglich sein wird, die Stelle so lange offen zu halten. Im Einzelfalle ist zu prüfen, ob bei längerer Beurlaubung noch ein geordneter Schulbetrieb möglich ist. Verneinendenfalls wäre der Lehrer zu entlassen und der Schulverband um wohlwollendes Entgegenkommen zu ersuchen sein, wenn er später seine Wieder Einstellung nachsuchen sollte. Soweit die Schulverbände freiwillig bereit sind, das Stelleneinkommen ganz oder teilweise fortzugewähren ist dem nicht entgegenzutreten. Andernfalls müßten die Lehrer die Kosten des Studiums selbst tragen und hätten dann auch keine Steuerzulagen zu beanspruchen. Sie wären aber zu zahlen, wenn das Stelleneinkommen ganz oder zum Teil fortgeführt wird, und die Stellvertretungskosten vom Lehrer getragen werden.

Rheinland und Westfalen

* Köln: Der Dampfschiffsverkehrsverkehr auf dem Rhein wird am 9. Mai in Kraft treten, und sieht folgende Fahrten vor: 7 Uhr morgens Köln—Mainz, 7 Uhr 30 Minuten Koblenz—Mainz, 10 Uhr morgens Koblenz—Mainz, 10 Uhr morgens Köln—Andernach, 12 Uhr Köln—Koblenz, 3 Uhr Köln—Koblenz. In der Tafelfahrt sind vorgesehen: 8 Uhr morgens Koblenz—Köln, 9 Uhr 30 Minuten Mainz—Köln, 12 Uhr Mainz—Köln, 3 Uhr 30 Minuten Mainz—Koblenz, 5 Uhr Andernach—Köln.

* Köln: Eine bettelnde Frauensperson, die vorgibt aus Innsbruck zu stammen und aus Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt zu sein, hat in den letzten Tagen unter verschiedenen Namen bei Geistlichen und in Klöstern um eine Geldbeihilfe zur Reise in ihre Heimat vorgesprochen. Da es sich um eine ausgesprochene Schwindlerin handelt, und angenommen werden muß, daß sie unter schwindelhaften Angaben die Bettelrei fortsetzt, wird hierdurch vor ihr gewarnt.

Aus aller Welt

Nah und Fern.

Das Gericht verurteilte den ins Ausland verdrängten

früheren Fabrikanten Heinrich Rötter in Wien wegen Steuerflucht zu drei Monaten Gefängnis und zu einer empfindlichen Geldstrafe. — In Osterfeld hat eine Frau in einem Anfall von geistiger Störung ihr drei Wochen altes Kind mit der Axt erschlagen. Hinzukommende Nachbarn bewahrten zwei andere Kinder der Familie vor dem gleichen Schicksal. — Der Ausstand der Brauereiarbeiter ist beendet worden. Durch den Schiedsspruch des Reichskommissars erhalten die Arbeiter einen Wochenlohn von 240 Mark an Stelle geforderter 250 Mark und der von den Brauereien angebotenen 220 Mark. — In der Wohnung eines aus Bradel geflüchteten Rotgardisten wurden im Ofen versteckt 10 000 Mark Expressgelber gefunden. — Die Studentenschaft der Technischen Hochschule in Stuttgart hat nach Aussprache mit Vertretern des Deutschen Arbeits- und Währungsbundes beschlossen, sich im Interesse der deutschen Währung des Tabakgenusses zu enthalten, um so ein Beispiel für die übrigen Volksgenossen zu geben.

Hartgeld aus Porzellan.

In der staatlichen Porzellanmanufaktur in Meissen werden gegenwärtig im Auftrage des Reichsschatzamt Versuche unternommen, Geldstücke aus Porzellan herzustellen. Zunächst sind Porzellanstücke von 5 und 2 Mark hergestellt worden, die die Größe der entsprechenden früheren Silberstücke haben. Wie die „Dresd. Nachr.“ mitteilen, wird versichert, daß das Porzellangeld leicht und fest ist und auch hygienisch einwandfrei, da die Geldstücke abwaschbar sind. Auch eine Fälschung dürfte ausgeschlossen sein, da zu ihrer Herstellung besondere technische Einrichtungen notwendig sind und vor allem ein großer Hitzebedarf erforderlich ist. Die Anfertigung verlangt die Mitwirkung so vieler Personen, daß Fälschungen nicht lange unentdeckt bleiben könnten. Die Stücke besitzen keinen Klang und bestehen aus sogenanntem Biskuitporzellan.

Landwirtschaft

Gartenarbeiten im Monat Mai.

Das außerordentlich günstige Frühjahrswetter hat die Gartenarbeit sehr gefördert. Nur die frotempfindlichen Pflanzen, wie Bohnen, Gurken, Tomaten sind noch zu säen bzw. zu pflanzen. Der erfahrene Gärtner weiß, daß gegen Mitte Mai fast jedes Jahr ein Rückschlag in der Witterung eintritt und daß die sog. Eiseiligen am 12., 13. und 14. Mai schon manche schöne Hoffnung vernichtet haben. Darum wartet er mit der Aussaat oder dem Pflanzen eben genannter Pflanzen bis Anfang Mai. Ein noch häufig vorkommender Fehler beim Aussetzen der Bohnen und Gurken ist die Verschwendung des Saatgutes. Die beliebte Zahl von 11 oder 13 Bohnen, die um jede Stange gelegt werden, stellt eine solche Verschwendung dar. Es genügt, wenn man 5—6 Bohnen um jede Stange legt. Den Stangen gibt man eine Entfernung von 80 bis 100 Zentimeter. Bei Gurkenbeeten ziehe man durch die Mitte eine Rille und lege die Kerne in 5—6 cm. Abstand. Später werden sie noch weiter ausgedünnt, so daß die Pflanzen 10 bis 15 cm. Abstand haben. Um Mitte Mai werden die Tomaten ins Freie gepflanzt. Diese Pflanze, ein echtes Kind des Südens, war vor einigen Jahren noch ziemlich unbekannt, erfreut sich aber von Jahr zu Jahr mit Recht größerer Wertschätzung. Ihre Anzucht erfordert einige Aufmerksamkeit und Kenntnisse. Wer nicht über ein Frühbeet oder ein Gewächshaus verfügt, besorgt sich die Pflanzen am besten von einem Gärtner. Man setze jedoch starke Pflanzen, die bereits einen dicken Stängel und einen gut durchwurzelten Ballen besitzen. Das Auspflanzen geschieht um Mitte Mai an einer sehr sonnigen Stelle in gutem Boden. Die Pflanzen erhalten 60—80 cm. Abstand.

It damit die Aussaat und das Auspflanzen in der Hauptphase beendet, so wäre es ein großer Fehler zu glauben, nun sei wohl die Hauptarbeit im Garten getan und man könne nun in Ruhe die Ernte abwarten. Nun gilt es, die Beete zu bedecken und Unkraut zu jähen. Ein bekanntes Sprichwort des Gärtners lautet: Gut gehackt, ist halb gedüngt. Da die Wurzeln zum guten Wachstum Luft und Feuchtigkeit bedürfen, ist die Oberfläche des Bodens stets locker zu halten. So oft durch Regengüsse oder durch Gießen sich eine Kruste gebildet hat, ist das Hacken notwendig. Es ist auch das beste Mittel, der Entwidlung des Unkrautes zu wehren. Ein Garten, in dem das Unkraut üppig wächst, macht nicht nur einen sehr schlechten Eindruck, sondern liefert auch geringe Ernten. Das Unkraut raubt den Kulturpflanzen die Nährstoffe und entzieht ihnen Licht und Luft. Wir ersparen uns viel Arbeit und Verdruß, wenn wir das Unkraut gleich beim Entstehen mit der Wurzel ausziehen. Wie darf es in Samen kommen. Nicht nur die Beete, sondern auch die Wege müssen von Unkraut reingehalten werden. Zu diesem Zwecke handelt oder kauft man es bei trockenem Wetter ab. Das Unkraut kommt auf den Komposthaufen; ausgenommen die Wurzeln der Quecken, Winden und Disteln, welche am besten verbrannt werden. Vergewordene Beete, die mit Spinat, frühen Erbsen, Rübsteil oder dergleichen bepflanzt waren, werden gebüngt und nachdem sie umgepflügt sind, mit Salat, Sommer- und Herbstetich, Sellerie bepflanzt. Winterkohl und Endivie werden geät. Die Ranken der Erdbeerpflanzen werden abgeschnitten. Die Erdbeeren bieten uns die ersten köstlichen Früchte. Sie werden durch Unterlegen von Holzstücken, Scherben oder durch Anbringen von Stäben gegen Schmutz und Schnecken geschützt. Rhubarber, ein in der hiesigen Gegend noch viel zu wenig beachtetes Gemüse, liefert bereits volle Ernten. Die Blütsiele werden ausgebrochen und den Pflanzen wird etwa alle 14 Tage ein Düngguss gegeben.

Neben dem Gemüsegarten erfordern die Obstbäume unsere volle Aufmerksamkeit. Bei umpfropften Bäumen sind, nachdem die Edelreiser angewachsen sind, die Bänder zu lösen. Bei den Spalierbäumen beginnt das Ausbrechen der jungen Triebe, das Pinzieren. Der Schädlingsbekämpfung im Gemüse- und Obstgarten ist die größte

Sorgfalt zu widmen. Die den Saatbeeten und den jungen Pflanzen so verderblichen Erbsflöhe bekämpft man durch Ueberstreuen mit Ruß oder durch stetes Nahhalten der Beete. Nach Zeitungsberichten soll in diesem Jahre mit einem Mattäferflugjahre zu rechnen sein. Wegen des großen Schadens, die dieses Insekt sowohl als Käfer wie als Engerling dem Obst- und Gemüsebau zufügt, ist eine energische Bekämpfung notwendig. Am besten gelingt diese in den frühen Morgenstunden. Dann hängen die Käfer in halberstarrem Zustande an den Bäumen und können leicht abgeschüttelt werden. Die Bekämpfung ist frühzeitig vorzunehmen, ehe die Eierablage erfolgt ist. Große Sorge bereitet dem Gartenliebhaber das Heer der Blatt-, Blatt- und Schildläuse. Ihre Bekämpfung erfordert große Ausdauer und Aufmerksamkeit. Das beste Mittel zur Bekämpfung aller Schädlinge aber ist Schutz unserer Singvögel.

Erfordert auch die Not der Zeit, daß der Gartenbesitzer oder -Pächter seinen Garten bis aufs äußerste für Heranzucht von Obst und Gemüse ausnützt, so wird der wahre Gartenfreund doch auch ein oder das andere Platzchen für seine Lieblinge, die Blumen, übrig haben und dafür sorgen, daß er vom Frühjahr bis zum Herbst einige blühende Gewächse in seinem Hausgarten hat. Bereits stehen die Frühjahrsbäume in voller Blüte. Von Mitte Mai ab werden Dahlien ausgepflanzt. Winterkloster u. Goldblat schmücken blühend die Beete. Nelken und Staudengewächse werden angepflanzt. Wer auf billige und einfache Weise zu schönen Sommerblumen gelangen will, säe Kapuziner, Reseda, Wunderblume, wohlriechende Wiede, Rittersporn usw. Die Blumenpenden für Fenster und Balkone werden mit Geranien, Petunien, Löwenmaul oder Kapuziner bepflanzt. Es wäre zu wünschen, daß der Blumenfreund der Häuser, der vor dem Kriege erfreulicher Weise zugenommen hatte, aber während des Krieges fast gänzlich verschwunden war, wieder mehr in Aufnahme käme, damit unsere von der Natur so reich gesegnete Stadt ein freundlicheres Aussehen erhalten würde.

Alle Nadelhölzer

vertragen etwas Düngung, nur muß diese in ganz verdünnter Lösung vorgenommen werden. Starke Düngergaben schaden.

Wenn Wandobstbäume im Frühjahr

bei drohenden Frostnächten durch Vorlegen von Decken geschützt worden sind, so dürfen diese am folgenden Morgen erst nach dem Verschwinden des Reises weggenommen werden, denn dann hat sich die Luft erst wieder soweit erwärmt, daß sie den Blüten nicht schadet.

Verantwortlich für die Redaktion: P. Weinheimer.
Druck und Verlag: Peter Becker, Brühl.

Meinungsaustausch

Geteilter oder ungeteilter Unterricht

Nach Fertigstellung der Schulliste im Minutate wird wohl die Frage aufgeworfen werden, ob geteilter oder ungeteilter Unterricht in Zukunft stattfinden wird. Wäre es da nicht besser, zur Feststellung der Wünsche eine Versammlung der Eltern aller Schulklassen einzuberufen und die Abstimmung nach Kopfzahl erfolgen zu lassen? Beide Einrichtungen haben ihre Vorteile und Nachteile. Wenn man aber mal die Unterrichtsstunden der letzten Jahre zusammenzählt, so ist das Ergebnis ein sehr minimales und von Seiten der Eltern, die eines Interesses an ihren Kindern haben, sollte alles darangesetzt werden zu verhindern, daß ihnen in Zukunft durch die ungeteilte Arbeitszeit noch Stunden gekürzt würden. Während in den höheren Schulen die Hausarbeit einige Stunden noch in Anspruch nimmt und viel Gewicht darauf gelegt wird, muß in der Volksschule der Unterricht die Hauptarbeit bringen. Auszuführen, warum den Hausaufgaben unserer Volksschulkinder nicht der Wert beigemessen werden kann, würde hier zu weit führen. Man liest und schreibt und redet soviel von der Verrohung der Jugend. Die freien Nachmittage und das lange Hellbleiben an den Sommertagen könnten vielleicht noch etwas hinzu tun. Man kann uns nicht zumuten, daß wir einer vielföpfigen Kinderchar nachlaufen und ihre Wege und Spiele stets kontrollieren. Vielleicht verpflichten sich aber unsere Lehrer und Lehrerinnen oder andere Damen und Herren an bestimmten Tagen und Stunden auf ihren Spaziergängen Kontrolle zu übernehmen, auch der Jugendlichen. Letztere ist wohl ebenso wichtig. Einen freien Nachmittag opfert jeder mal gern zu Spaziergängen oder Spielen, und die Volkswiese im Park wäre dazu der beste Ort. Unsere Schulklassen Mädchen und Knaben drängen geradezu darauf, unter frohgestimmter Leitung zu wandern, weil sie manchmal nicht recht wissen, wie sie die Sonntage zubringen sollten. Darum: Schließt Euch zusammen, ihr Jugendfreunde, organisiert das Ganze und helfet mit an dem schweren Werke der Erziehung! Dann werden die Klagen wohl bald verstummen. — Unsere zweite wichtige Frage: Was tut man in Brühl für die schwachbegabten Kinder? Verdient es wohl, die Aufmerksamkeit aller Kreise auf sich zu lenken. „Das Starke und Gesunde bricht sich Bahn, das Schwache aber verflummet.“ Brühl fehlt es nicht an höheren Schulen und Ausbildungsanstalten, wohl aber an einigen Hilfschulen. Dahin gehören die Kinder, die trotz aller Mühen der Lehrpersonen den geistigen Stoff nicht verarbeiten können, zum Schaden auch der ganzen Klasse. In der Hilfschule wird mit ganz andern Mitteln gearbeitet und können diese Kinder auf leichtere Weise zu tüchtigen Menschen herangebildet werden. Die vielen Klagen der Arbeiter, daß sie die Kosten für die Erhaltung der Volksschule und namentlich der unteren 4 Jahrgänge, die doch nicht so notwendig wären, mitbezahlen müßten, würden sicher aufhören, wenn für die Hilfschulen auch gesorgt würde. So aber leiden die begabten Kinder durch die Schwachen in der Volksschule. Es ließe sich vielleicht die Tätigkeit der Schwestern nach dieser Richtung hin erweitern. Mehrere Eltern von Volksschulkindern.

